

1937

Page from Printing of Reich Citizenship Law

Follow this and additional works at: <https://digital.kenyon.edu/bulmash>

Recommended Citation

"Page from Printing of Reich Citizenship Law" (1937). *Bulmash Family Holocaust Collection*. 2021.1.7.
<https://digital.kenyon.edu/bulmash/1709>

Deutsche, Juden und Mischlinge

(Staatsangehörigkeit, Reichsbürgerrecht, Blutschutzgesetz)

Das Parteiprogramm sagt in Punkt 4: „Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksichtnahme auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein.“ In zielsicherer Erfüllung des nationalsozialistischen Programms beschloß der Reichstag zu Nürnberg im Jahre 1935 zwei wichtige Gesetze: das **Reichsbürger-** und das **Blutschutzgesetz**. Für die Rechte und Pflichten von Deutschen, Juden und Mischlingen sind diese beiden Gesetze maßgebend.

A. Das Reichsbürgergesetz vom 15. 9. 1935.

§ 1.

1. Staatsangehöriger ist, wer dem Schutzverband des Deutschen Reiches angehört und ihm dafür besonders verpflichtet ist.
2. Die Staatsangehörigkeit wird nach den Vorschriften des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes erworben.

§ 2.

1. Reichsbürger ist nur der Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes, der durch sein Verhalten beweist, daß er gewillt und geeignet ist, in Treue dem deutschen Volk und Reich zu dienen.
2. Das Reichsbürgerrecht wird durch **Verleihung** des **Reichsbürgerbriefes** erworben.
3. Der Reichsbürger ist der alleinige Träger der vollen politischen Rechte nach Maßgabe der Gesetze.

§ 3.

Der Reichsminister des Innern erläßt im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers die zur Durchführung und Ergänzung des Gesetzes erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften.

Der wichtigste Grundpfeiler des Staates ist das **Volk**. Die anderen — Land, Staatsgewalt und Recht — können wohl einmal in Zeiten großer geschichtlicher Erschütterungen wechseln oder gar vorübergehend schwinden. Sie können wiedererlangt werden, solange das Volk noch genügend gesunde Kraft hat. Schwindet aber einmal das Staatsvolk dahin, so ist der Staat dem hoffnungslosen Untergange geweiht. Der Führer schreibt in seinem „Kampf“ über die liberalistische Auffassung von der Einbürgerung: „Sie ist an verschiedene Vorbedingungen gebunden, z. B. daran, daß der in Aussicht genommene Kandidat wenn möglich kein Einbrecher oder Zuhälter ist, daß er weiter politisch unbedenklich, d. h. also ein harmloser politischer Trottel ist, daß er endlich nicht seiner neuerlichen staatsbürgerlichen Heimat zur Last fällt. Gemeint ist damit in diesem realen Zeitalter natürlich nur die finanzielle Belastung. Ja, es gilt sogar als förderliche Empfehlung, einen vermeintlich guten künftigen Steuerzahler vorzustellen, um die Erwerbung einer heutigen Staatsbürgerschaft zu beschleunigen. **Rassistische** Bedenken spielen dabei überhaupt keine Rolle.“

Geschichtlicher Überblick.

Wer zu einem germanischen Stammesstaate gehörte, der bedurfte keiner anderen Legitimation als der, die ihm sein **Blut** gab. Zum **Volke** gehörte, wer von seinen Eltern her in das Volk hineingeboren war. Im späteren Mittelalter verschob sich in Deutschland das Problem infolge der unseligen **Kleinstaaterei**.

Die Hunderte von kleinen Staaten waren weit davon entfernt, Volksstaaten wie einst zu sein, in dem Sinne, daß ein blutmäßig abgeschlossener Volksstamm einen Staat bildete. Mit diesem traurigen Niedergang gewinnt der Rechtsbegriff der **Staatsangehörigkeit** erhöhte Bedeutung. Im **Ständischen** Staat des Mittelalters gab es freilich noch keine allgemeine unmittelbare Staatsangehörigkeit. Jeder **Freie** gehörte einem der Stände an und besaß hierdurch **mittelbar** eine Staatsangehörigkeit. Die **Unfreien** „gehörten“ ja ohnehin einem Freien und „gehörten“ dadurch dem Staate. Der Bürger einer Stadt — nur hier kam zunächst die Bezeichnung „**Bürger**“ in Frage — war oder wurde Glied der Gemeinde und somit Angehöriger des Staates oder der freien Reichsstadt. Der **Beamte** war durch sein Dienst- und Treueverhältnis dem Landesherrn eng und unmittelbar verbunden. Das Verhältnis von Landesherr und Bevölkerung seines Landes wurde nicht vom Staate als solchem oder gar vom Volke her gesehen, sondern nur von der Person des Fürsten aus. Die Bewohner des Gebietes waren Untertanen, und die Frage der Staatsangehörigkeit war damit erledigt. Wer auf die Dauer in das Gebiet eines anderen Herrn übersiedelte, wurde dessen Untertan. Nur in den freien Reichsstädten gab es bereits etwas Ähnliches wie den heutigen Erwerb und Verlust der Staatsangehörigkeit.

Auch in der **absoluten Monarchie** war der Begriff einer förmlichen Staatsangehörigkeit noch nicht ein klarer Gegenstand der Gesetzgebung. Zu Anfang des 19. Jahrhunderts aber fielen im Gefolge der Französischen Revolution nach und nach in allen Staaten die ständischen Vorrechte. Jeder Untertan wurde Staatsbürger; Unfreie, Leibeigene gab es nicht mehr.

Bis 1933: Wie es seit der Gründung des Norddeutschen Bundes von 1867 auch äußerlich immer mehr erkennbar wird, daß die deutsche Geschichte mit zunehmender Stärke dem Ziele der Reichseinheit zustrebt, so spiegelt sich diese Entwicklung auch im Recht der Staatsangehörigkeit. Der erste Schritt war das **Bundesangehörigkeitsgesetz** 1870. Dieses Gesetz ist ohne Veränderungen zum Gesetz des 1871 geschaffenen Zweiten Deutschen Reiches geworden und blieb in Geltung bis zu dem noch heute — wenn auch wesentlich verändert — geltenden Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz vom 22. 7. 1933.

Seit 1933: Erst die Zeit nach der nationalsozialistischen Revolution hat entscheidende Änderungen im deutschen Staatsangehörigkeitsrecht gebracht.

Am 14. 7. 1933 wurde das Gesetz über den **Widerruf von Einbürgerungen** und die **Überkennung** der **deutschen Staatsangehörigkeit** erlassen, das dringend nötig war, um dem Reich eine Handhabe zu geben, die schlimmsten Folgen volksfeindlicher Einbürgerungspolitik aus der Zeit der Novemberrepublik zu beseitigen, und ferner, um eine schwere **Ehrenstrafe** für flüchtige Verräter an Staat, Volk und Kultur zu ermöglichen.

Die zweite Änderung ging aus **Grundsätzliche**: Im Gefolge des Gesetzes über den **Neuaufbau des Reiches** vom 30. 1. 1934 und auf Grund der ihm dadurch erteilten Ermächtigung erließ der Reichsminister des Innern die **Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit** vom 5. 2. 1934. Sie war der langersehnte und schwer erkämpfte Abschluß einer von viel Leid und Schmach begleiteten Entwicklung. Diese infolge des Gesetzes vom 30. 10. 1934 eingetretenen

Änderungen auf dem Gebiete des Staatsangehörigkeitsrechts werden durch §§ 1 und 2 der Verordnung festgestellt:

§ 1. Die Staatsangehörigkeit in den deutschen Ländern fällt fort. Es gibt nur noch eine **deutsche Staatsangehörigkeit**.

§ 2. Die Landesregierungen treffen jede Entscheidung auf dem Gebiet des Staatsangehörigkeitsrechts im Namen und im Auftrag des Reichs. Nach dem jetzt geltenden Staatsangehörigkeitsrecht kann die Reichsangehörigkeit auf vier verschiedene Arten erworben werden:

1. durch Geburt,
2. durch Legitimation,
3. durch Eheschließung,
4. durch Einbürgerung.

Die Rechtsgründe, die zum **Verlust** der Staatsangehörigkeit führen, sind folgende:

a) Zwangsläufige Gründe:

1. der Erwerb einer fremden Staatsangehörigkeit,
2. die Legitimation eines reichsdeutschen Kindes durch einen Ausländer,
3. die Eheschließung einer Reichsdeutschen mit einem Ausländer,
4. die Nichterfüllung oder Verletzung der Wehrpflicht.

b) Staatshoheitsakte, die den Verlust bewirken:

1. die Entlassung,
2. der ausdrückliche Beschluß der Behörde.

Hierzu sind durch Reichsgesetz vom 14. 7. 1933 zwei weitere Arten von Maßnahmen gekommen, die den Verlust der Staatsangehörigkeit durch behördlichen Beschluß bewirken: der **Widerruf der Einbürgerung** und die **Aberkennung der Staatsangehörigkeit**. Der nationalsozialistische Staat, der von der Reichsangehörigkeit eine höhere Auffassung hat als der vorausgegangene, hat angesichts der Mißstände, die er vorfand und die den Lebensnerv des Volkes bedrohten, schleunigst eine Regelung treffen müssen, die nicht bis zu der Gesamtreform des Staatsangehörigkeitsrechts aufgeschoben werden kann.

Die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit hat den Charakter einer schweren **Ehrenstrafe** gegen Reichsangehörige, die sich im Auslande aufhalten, „sofern sie durch ein Verhalten, das gegen die Pflicht zur Treue gegen Reich und Volk verstößt und die deutschen Belange schädigt, und für Reichsangehörige, die einer Rückkehrforderung nicht Folge geleistet haben.“

Diese Strafe mußte eingeführt werden zur Abstrafung der volks- und vaterlandsfeindlichen Schufte, die alles deutsche Wesen öffentlich in den Schmutz ziehen und sich vom Auslande her als Landesverräter und Hecker gegen das neue Deutschland betätigen.

B. Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 15. September 1935.

Der **Führer**: „Es soll kein Knabe und kein Mädchen die Schule verlassen, ohne zur letzten Erkenntnis über die Notwendigkeit und das Wesen der **Blutreinheit** geführt worden zu sein. Damit wird die Voraussetzung geschaffen für die Erhaltung der rassenmäßigen Grundlagen unseres Volkstums und durch sie wiederum die Sicherung für die spätere kulturelle Entwicklung.“

„Das Volk als solches, das ist die Quelle und der ewige Brunnen, der immer wieder neues Leben gibt, und diese Quelle muß gesund erhalten werden.“

„Durchdrungen von der Erkenntnis, daß die Reinheit des deutschen Blutes die Voraussetzung für den Fortbestand des deutschen Blutes ist, und beseelt von dem unbeugsamen Willen, die deutsche Nation für

alle Zukunft zu sichern, hat der Reichstag das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird.“

§ 1. Eheschließungen zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes sind verboten. Trotzdem geschlossene Ehen sind ungültig, auch wenn sie zur Umgehung dieses Gesetzes im Ausland geschlossen sind.

Die Nichtigkeitsklage kann nur der Staatsanwalt erheben.

§ 4. Juden ist das Führen der Reichs- und Nationalflagge und das Zeigen der Reichsfarben verboten. Dagegen ist ihnen das Zeigen der jüdischen Farben gestattet. Die Ausübung dieser Befugnis steht unter staatlichem Schutz.

§ 5. Wer dem Verbot des § 1 zuwiderhandelt, wird mit Zuchthaus bestraft.

Besonders aufschlußreich sind die Erläuterungen zu den Verwaltungsvorschriften, die Staatssekretär Stuckart am 15. 11. 1935 vor den Vertretern der Presse gab.

„Das Reichsbürgergesetz und das Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre und ihre Ausführungsverordnungen beruhen auf der Erkenntnis, daß das blutmäßig gebundene Volk die Grundlage und die Voraussetzung für den Bestand und die Fortdauer des Deutschen Reiches sind. Das Reichsbürgergesetz und das Blutschutzgesetz bilden die grundlegende gesetzliche Regelung des **Rasseproblems**. Beide Gesetze heben den Träger deutschen und artverwandten Blutes heraus, das erste, indem es ihm allein die vollen politischen Pflichten und Rechte einräumt, das zweite, indem es die Blutmischung zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes verbietet.“

Für die Reichsbürgerschaft verlangt das Reichsbürgergesetz den Willen und die Eignung des Staatsangehörigen, dem deutschen Volk und dem Reichswohl zu dienen. Er fordert ferner als wesentliche Voraussetzung die Blutzugehörigkeit zum deutschen Volk oder die Blutsverwandtschaft mit ihm. Nur der **Reichsbürger** kann als der alleinige Träger der staatlichen und politischen Rechte und Pflichten in Zukunft zum Reichstag wählen und gewählt werden, sich an Volksabstimmungen beteiligen, Ehrenämter in Staat und Gemeinde ausüben und zum Berufs- und Ehrenbeamten ernannt werden. Alle jüdischen Beamten scheiden daher am 31. Dezember unter Gewährung des gesetzlichen Ruhegehaltes aus ihren Stellungen aus. Soweit es sich dabei um Frontkämpfer handelt, werden sie nicht mit dem üblichen Ruhegehalt in den Ruhestand versetzt, sondern mit ihrem vollen Dienstgehalt.

Beide Gesetze enthalten zugleich die großzügige Lösung des Judenproblems. Sie bringen und wollen eine klare Scheidung zwischen Deutschtum und Judentum und schaffen dadurch die gesetzlichen Grundlagen für einen Zustand, der all den Belangen gerecht wird.

(Schluß folgt.)

Das neue Deutschland im Werden

Bausteine für den nationalpolitischen Unterricht an den Wehrmachtschulen.

Herausgegeben im Auftrage des Reichskriegsministeriums von
Ministerialrat Dr. Valentin Beyer.

7., durchgesehene und vermehrte Auflage,
224 Seiten mit 10 ganzseitigen Darstellungen.

Eine Volksfibel — nicht nur für den Soldaten, sondern auch für die Schulungswalter der NS-Formationen und der Beamtenschaft.

Preise: einzeln 1,50 RM., ab 20 Stück je 1,40 RM., ab 50 Stück und mehr je 1,30 RM.

Kameradschaft Verlagsgesellschaft Gersbach & Co., Berlin W. 35,
Flottwellstraße 3.